

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Initiative #WirHabenPlatz unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Im Oktober 2019 forderten bundesweit 19 Organisationen und Verbände die Bundesregierung auf, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen. Zudem sollen vorhandene Spielräume bei der Zusammenführung der Kinder und Jugendlichen mit Angehörigen in Deutschland bestmöglich genutzt werden. Daraus entstand die bundesweite Kampagne #WirHabenPlatz. Der Aufruf wurde von den Ländern Niedersachsen, Berlin und Thüringen aufgegriffen, die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert und die eigene Bereitschaft der Länder zur Aufnahme in konkreten Zahlen benannt.
2. Die Situation in Griechenland spitzt sich unterdessen weiter zu. Die mehr als 4.100 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in den Aufnahmelagern und auf den Straßen in Griechenland sind schutzlos miserablen Bedingungen, Gewalt und Missbrauch ausgesetzt. Die UN-Kinderrechtskonvention wird unter diesen Bedingungen ausgehebelt. Bundes- und Landesregierungen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und die vorhandenen Möglichkeiten und Kapazitäten nutzen, um den schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen einen sicheren Ort zu geben.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich der Initiative der Länder Niedersachsen, Berlin und Thüringen anzuschließen und
1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, im Rahmen eines bundesweiten Kontingents von mindestens 1.000 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten schnellstmöglich Schutzbedürftige aus Griechenland aufzunehmen.
 2. im Zuge dessen im Rahmen der Kapazitäten und in Absprache mit den Landkreisen und kreisfreien Städten unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung zeigte sich bislang nicht bereit, die Initiative der Organisationen und Länder aufzugreifen und Voraussetzungen für die Aufnahme der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland zu schaffen. Das Hilfeersuchen Griechenlands und auch die Aufforderung der EU-Kommission gegenüber Deutschland und anderen EU-Staaten, freiwillig unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer aus den überfüllten griechischen Aufnahmelagern aufzunehmen, blieb bislang ergebnislos.